

ARBEITSGEMEINSCHAFT MITTELSTAND

WWW.ARBEITSGEMEINSCHAFT-MITTELSTAND.DE

Standort Deutschland: Kraftvoll durch die Krise

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist unter Druck. Die aktuelle Krise in der Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine verstärkt die Notwendigkeit des raschen und konsequenten Handelns durch die politischen Verantwortlichen. Dabei erkennen die in der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand organisierten Verbände ausdrücklich an, dass die Bundesregierung bereits viele richtige Maßnahmen ergriffen und in einigen Bereichen schnell gehandelt hat.

Nach mehr als zwei Jahren Corona-Krise und dem bereits seit Monaten andauernden Konflikt in der Ukraine mit all seinen Folgen, darf die Politik in ihren Anstrengungen zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandorts nicht nachlassen. Der Mittelstand in Deutschland ist bisher vergleichsweise gut durch diese Krisen gekommen. Die Unternehmen haben in den vergangenen Jahren große Flexibilität und Kreativität an den Tag gelegt, sowie in vielen Fällen Eigenkapital und private Mittel eingebracht und aufgebraucht. Jetzt aber sind tausende gut geführte Unternehmen an einem Punkt angekommen, wo es aus eigener Kraft unter den jetzigen Bedingungen für sie nicht mehr weiterzugehen droht. Deshalb ist es höchste Zeit für entschlossenes politisches Handeln.

1. Energiepolitik

Der russische Krieg und die russischen Liefereinschränkungen lassen die Energiekosten für Wirtschaft und Privatverbraucher in bisher nicht gekanntem Maße ansteigen. Der Abwehrschirm der Bundesregierung setzt an den richtigen Punkten an, muss aber nun schnell konkretisiert und umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen wir die Energieversorgung mit Blick auf den Klimaschutz umbauen. Das wäre schon ohne die aktuelle Krise eine Herkulesaufgabe. Der Mittelstand steht zu den Klimazielen der Bundesregierung und begrüßt die zahlreichen Initiativen der Bundesregierung zur Erweiterung des Energieangebots. Diese werden größtenteils jedoch bestenfalls mittelfristig ihre Wirkung entfalten. Ziel der Bundesregierung sollte es aber sein, zu jedem und insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt Versorgungssicherheit zu bezahlbaren und international konkurrenzfähigen Preisen bei der Energieversorgung sicherzustellen.

Der Mittelstand fordert deshalb:

- die schnelle Einführung temporärer und für alle unter den hohen Energiepreisen leidenden mittelständischen Unternehmen zugängliche Wirtschaftshilfen.
- die umgehende Ausschöpfung des gesamten Potentials zur Energieerzeugung. Hierzu gehören Kohle und Kernenergie ebenso wie der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren.
- die Verhinderung einer unnötigen Verteuerung von Energie durch nationale Steuern, Abgaben und Bepreisung. Deshalb muss beispielsweise die Stromsteuer auf das EU-weit zulässige Minimum gesenkt werden.
- den Gaseinkauf der EU-Länder, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen zu bündeln, um so die große europäische Marktmacht zu nutzen und günstigere Preise aushandeln zu können
- die Reduzierung der bürokratischen Pflichten bei Planung und Betrieb von Anlagen für die Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie bei der Nutzung des selbst produzierten Stroms.
- die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Energie- und Infrastrukturprojekten.
- die verstärkte Erschließung von inländischen Rohstoffquellen (Grundstoffe für Bau, Energietechnik und sonstige Produktion)

2. Steuer- und Abgabenpolitik

Gerade in diesen für viele mittelständische Unternehmen enorm schwierigen Zeiten verbietet sich jede weitere Belastung. Steuererhöhungen oder höhere Sozialabgaben sind tabu. Ansonsten droht eine Überlastung, die große Teile des Mittelstandes in existenzielle Gefahr bringen könnte.

Der Mittelstand fordert deshalb:

- die Beitragsstabilität im Sozialversicherungssystem: Die Beiträge müssen dauerhaft unter der 40 Prozent-Marke bleiben.
- die klare Ablehnung einer Übergewinnsteuer: Eine solche Steuer ist realitätsfern, nicht praktikabel und ordnungspolitisch fragwürdig. Es ist nicht erklärbar, was ein „Übergewinn“ sein soll. Im Ergebnis steht eine unkalkulierbare Steuerlast, die Unternehmen davon abhält, ihre maximale Leistung auszuschöpfen.
- die klare Ablehnung einer allgemeinen Vermögensteuer: Viele Mittelständler haften mit ihrem Vermögen für die Firma und bringen immer wieder Geld aus dem Privatvermögen ein. Eine Vermögensteuer wäre deshalb ein echter Nackenschlag für den Mittelstand – ganz abgesehen von allen Problemen bei der Bewertung.

- den Abbau der sogenannten kalten Progression, um so steuerliche Mehrbelastungen zu vermeiden: Der Staat darf nicht von inflationsbedingt höheren Einkommen profitieren. Deshalb muss die kalte Progression, wie von der Bundesregierung bereits angekündigt, beseitigt werden.
- eine international wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung mit verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten: Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Superabschreibung muss umgesetzt werden – vorzugsweise mit einer Investitionsprämie als Komponente, damit auch Unternehmen, die noch Verluste aus Krisenzeiten abbauen, von der Maßnahme profitieren.
- die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages.

3. Belastungsmoratorium

Nach zwei harten Jahren Corona-Pandemie und für viele mittelständische Unternehmen beispiellosen Einschränkungen sind viele Betriebe in der aktuellen Krise an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit. Deshalb braucht der Mittelstand ein ernst gemeintes Belastungsmoratorium. Die Bundesregierung darf nicht riskieren, die Unternehmen in dieser ohnehin extrem schwierigen Phase mit immer neuen Vorgaben und weiterwachsender Bürokratie zu überfordern. Dies gilt auch in Hinblick auf übermäßige Regulierungen und Aufsichtspflichten im Bereich der wichtigen Mittelstandsfinanzierung von Banken und Sparkassen.

Der Mittelstand fordert deshalb:

- Angesichts der hohen Komplexität der heutigen Lieferketten und der aktuellen Krisen- und Kriegssituation in der Ukraine und weltweit muss die Richtlinie für ein europäisches Lieferkettengesetz praxistauglich ausgestaltet sein und die Notwendigkeit der Versorgungssicherheit sowie den globalen Wettbewerbsdruck berücksichtigen. In seiner derzeit diskutierten Form überfordert ein solches Gesetz viele Mittelständler massiv und bringt sie in große rechtliche Unsicherheiten. Es ist nicht Aufgabe mittelständischer Unternehmen, Funktionen der Außenwirtschaftskontrolle zu übernehmen und die Umsetzung wünschenswerter internationaler Sozialstandards zu überwachen. Um den Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes nachzukommen, brauchen die Unternehmen mehr Unterstützung seitens der Bundesregierung. Auch das nationale Sorgfaltspflichtengesetz in der Lieferkette sollte angesichts der Krise am besten verschoben werden, mindestens aber in der praktischen Umsetzung mittelstandsfreundlich nachgesteuert werden.
- Zur Verbesserung des Finanzierungsumfeldes sollte unter anderem die Proportionalität in der Bankenregulierung konsequenter umgesetzt werden. Der mit der letzten Überarbeitung der EU-Eigenmittelverordnung (CRR II) eingeschlagene Weg der Entlastung kleiner und mittelgroßer Institute von administrativen Lasten (z. B. Meldewesen und Offenlegung) hat leider das beabsichtigte Ziel nicht annähernd erreicht. Dabei wäre eine deutliche Entlastung bei den Kosten der Regulierung und der Aufsicht bei gleichzeitiger Wahrung der hohen Systemstabilität gut umsetzbar, ist heute aber weiter entfernt denn je. Dieses Ziel muss konsequent neu angegangen werden.
- Angesichts des drohenden wirtschaftlichen Abschwungs und des realistischen Szenarios einer Stagflation sollten Maßnahmen zur Verlangsamung der Kreditvergabe zurückgestellt werden. Regulatorische Maßnahmen, die eine Verteuerung der Finanzierung des Mittelstands bewirken, sollten daher vermieden werden. In diesem Zusammenhang wäre es angemessen, dass sich die Vertreter der Bundesregierung im Ausschuss für Finanzstabilität dafür einsetzen, die avisierte Festlegung des Antizyklischen Kapitalpuffers und des Systemrisikopuffers auf Werte über null auszusetzen oder mindestens die Anwendung auf das Neugeschäft zu beschränken.

4. Infrastruktur

Der mit seinem regionalen Standort eng verbundene Mittelstand ist auf gute Infrastruktur sowohl in der analogen wie in der digitalen Welt angewiesen. Dabei geht es um Straßen, Brücken, Schienen, öffentlichen Nahverkehr, flächendeckende Breitbandversorgung auf Glasfaserstandard und hochleistungsfähiges mobiles Internet, moderne und energieeffiziente Wohnungen, planerisches/fachgerechtes Bauen im Bestand, sowie auch eine stärkere Förderflankierung des Neubaus und der energieeffizienten Modernisierung im Bestand. Ohne diese Voraussetzungen ist der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht mehr auf Dauer konkurrenzfähig. Hier herrscht weiterhin höchster Handlungsdruck.

Der Mittelstand fordert deshalb:

- die Sicherung und Stärkung der Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume, u.a. durch raschen Ausbau der Breitbandversorgung einschließlich des mobilen Internets und Verbesserung der verkehrlichen Erschließung
- ein umfassendes Sanierungsprogramm und die Beseitigung von Engpässen bei Straßen, Schienenwegen und Wasserstraßen sowie den zügigen Ersatz der zahlreichen maroden Brücken.
- konsequente Investitionen in das Schienennetz der Bahn, sowohl in Ballungsräumen als auch in ländlichen Gebieten.
- verstärkte Investitionen in den Wirtschaftsstandort „Stadt“, unter anderem durch Bereitstellung von Wohnraum für Fachkräfte und die Schaffung moderner Gewerbeflächen sowie die Sicherung der Lebendigkeit und der Erreichbarkeit von Stadtzentren.
- den Start einer Wohnungsbauintiative zur Deckung des hohen Wohnungsbedarfs, verbunden mit Impulsen für den Wohnungsneubau, auch beim selbstgenutzten Wohnungsbau sowie zur energetischen Modernisierung im Wohnungsbestand (Dämmung, Modernisierung Heizungsanlagen, Stromerzeugung).

Die gegenwärtige Krise birgt riesige Herausforderungen für uns alle. Der Mittelstand in Deutschland hat in der Vergangenheit seine Anpassungsfähigkeit und Krisenresilienz wiederholt bewiesen. Mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen können die Unternehmen auch diese schwierigen Zeiten meistern. Jetzt ist es an der Bundesregierung, ihren Beitrag dazu zu leisten.